



Baumer ist Toparbeitgeber

Bereits zum fünften Mal ist die Frauenfelder Baumer Electric AG als Toparbeitgeber der Schweiz ausgezeichnet worden. *wirtschaft ostschweiz 33*

Auf den Spuren des Bösen

Für seine Holocaust-Education hat der St. Galler Edward Schlegel den «Dr. Bigler-Preis» erhalten. *kanton thurgau & ostschweiz 31*

Ehrgeizige Zielvorgaben

Die St. Galler Regierung will die kantonale Steuerbelastung auf dem Niveau der Nachbarkantone plazieren. *ostschweiz 35*

Steuern und Strassen vors Volk

Die Kritik der Befürworter von BTS und OLS ist deutlich: Es sei sinnlos, dass SP und Grüne das Referendum gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern ergreifen. Dennoch soll das Volk am 23. September über beide Vorlagen abstimmen.

MARC HALTNER

FRAUENFELD. Die Weichenstellung ist eine der wichtigsten der letzten Jahre: Am 23. September stimmen Thurgauerinnen und Thurgauer über die Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) und die Oberlandstrasse (OLS) ab. Die 850 Millionen Franken für die BTS soll der Bund finanzieren, der die Strasse in sein Grundnetz aufnehmen soll. Teil des Netzbeschlusses ist aber die Finanzierung der OLS: Um die Kosten von 220 Millionen Franken zu decken, wollen Regierung und Grosse Rat die Motorfahrzeugsteuern um rund 10 Prozent erhöhen – vorgesehen ausschliesslich für diesen Zweck. Falls das Volk den Netzbeschluss ablehnt, falle die Steuererhöhung dahin, hatte Regierungsrat Jakob Stark vor dem Parlament beteuert.

Dessen ungeachtet wollen nun SP, Grüne und Umweltverbände das Referendum gegen die Erhöhung der Steuern ergreifen (TZ vom Donnerstag). Etliche Befürworterinnen und Befürworter der Strassen rechneten nicht damit und zeigen sich überrascht. Nicht so der Präsident des Komitees für BTS und OLS. «Ich habe damit gerechnet», sagt CVP-Kantonsrat Armin Eugster, der Präsident der grossrätlichen Raumplanungskommission. Aus taktischen Gründen wollten die Gegner eine Abstimmung auch über die Motorfahrzeugsteuern erzwingen.

«Das ist nicht sinnvoll»

Eugster macht keinen Hehl daraus, dass er eine zweite Abstimmung für überflüssig hält. «Es ist ein Unsinn, das Volk über zwei Vorlagen abstimmen zu lassen.» Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern sei klarer Bestandteil des Netzbeschlusses und stehe



Bild: Nana do Carmo

Oberlandstrasse: Über deren Realisierung und Finanzierung soll das Volk am 23. September abstimmen.

«Die Finanzierung ist nicht gesichert»

SP-Kantonsrat Peter Gubser weist die Kritik der Strassenbefürworter zurück. Das Komitee gegen BTS und OLS habe lange überlegt und sich dann einhellig für das Referendum ausgesprochen. Es gehe nicht primär um taktische Überlegungen, auch wenn die Unterschriften-sammlung die ablehnende

Haltung gegen BTS und OLS verstärken könnte. «Für uns ist die Finanzierung der OLS nicht gesichert.» Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um 10 Prozent sei zu wenig, um die Kosten der OLS zu finanzieren, die mit 220 Millionen Franken ohnehin zu tief angesetzt seien, so Gubser. Zudem habe der Kanton die Mo-

torfahrzeugsteuern für schadstoffarme Autos gesenkt, dieser Bonus mache den Effekt der Steuererhöhung zunichte. Mit dem Referendum wolle das Komitee auch den alleinigen Bau der OLS verhindern. Dies könne passieren, wenn der Bund die BTS ins Strassennetz übernehme, aber nicht baue. (hal)

und falle mit dem Entscheid darüber. «Die Erhöhung tritt nur in Kraft, wenn das Volk zu BTS und OLS Ja sagt.» Das Volk werde mit dem Referendum unnötig beansprucht.

Abstimmung am gleichen Tag

Regierungsrat Jakob Stark will inhaltlich zum Referendum nicht Stellung nehmen. Er bestätigt aber, dass sich die Regierung bereits Gedanken gemacht hat, wie sie mit dem Referendum gegen die Steuererhöhung umgehen will. Das Volk soll am 23. September nicht nur über den Netzbeschluss zu BTS und OLS befinden, sondern auch über das Gesetz über die Motorfahrzeugsteuern. Es mache keinen Sinn, über beide Vorlagen zeitlich getrennt abzustimmen, sagt Stark. «Beide Vorlagen hängen direkt zusammen.»

Ja und Nein möglich

Dass es zur Doppelabstimmung kommen wird, nehmen auch die Befürworter an. Die 2000 Unterschriften für das Referendum dürften zustande kommen, sagt Eugster. Und er räumt ein, dass die Befürworter der zwei Strassen je nach Abstimmungsausgang ein Problem bekommen könnten. Denn theoretisch wäre es möglich, dass eine Mehrheit zwar den Netzbeschluss annimmt, aber die Steuererhöhung verwirft. Damit läge der Ball beim Regierungsrat, der sich überlegen müsste, wie er die 220 Millionen Franken für die OLS finanzieren will. Denkbar wäre aber auch ein Nein zum Netzbeschluss und ein Ja zur Steuererhöhung. Eugster geht aber davon aus, dass die Befürworter das Volk zu einem zweifachen Ja bewegen können. «Ich habe keine schlaflosen Nächte.»

NACHGEFRAGT

«Energiewende ist zentrales Anliegen»

Am 15. April wählt das Volk 130 Kantonsrätinnen und -räte. Die TZ unterhält sich im Vorfeld mit den Parteipitzen. Zum Abschluss heute mit **Cäcilia Bosshard**, Präsidentin der CVP Thurgau, Liste 12.

Wie will die CVP christliche Werte in einer multikulturellen Gesellschaft erhalten, möchte die GLP wissen.

Uns ist es wichtig, die politischen Entscheide immer an Menschenwürde und Gerechtigkeit zu messen. Das C in unserem Parteinamen erfordert dies. Freiheit und Verantwortung gehören für mich ebenfalls zu diesen Werten.

Warum aber immer noch das C im Namen? Selbst CVP-Mitglieder finden das nicht mehr zeitgemäss.

Das C ist zeitlos. Wir sind keiner einzelnen Religion verpflichtet, sondern halten christliche Werte und das Gemeinwohl hoch.

Die CVP hat in der Mitte starke Konkurrenz erhalten. Wie wollen Sie da Ihre 22 Sitze halten?

Die CVP hat einen grossen Leistungsausweis: Wir haben viel zur Sicherung der Finanzen und der sozialen Gerechtigkeit beigetragen. Und auch der Ausbau der erneuerbaren Energien ging von der CVP aus. Ich hoffe, dass Wählerinnen und Wähler das honorieren.

Die CVP als klassische Mittepartei gilt allerdings als profillos.

Ein schlagwortartiges Profil können und wollen wir nicht zeigen.



Cäcilia Bosshard
Präsidentin CVP Thurgau
Kantonsrätin

Die CVP steht für Kompromisse und sachliche Lösungen, die nicht schreiend daher kommen. Die CVP mit ihren Werten hat aber sehr wohl ein klares Profil.

Wofür tritt sie konkret ein?

Generationengerechtigkeit und Energiewende sind zentrale Anliegen, ebenso die Stärkung der Familien. Sie sind der Kern unserer Gesellschaft.

Welches Thema muss der Kanton prioritär anpacken?

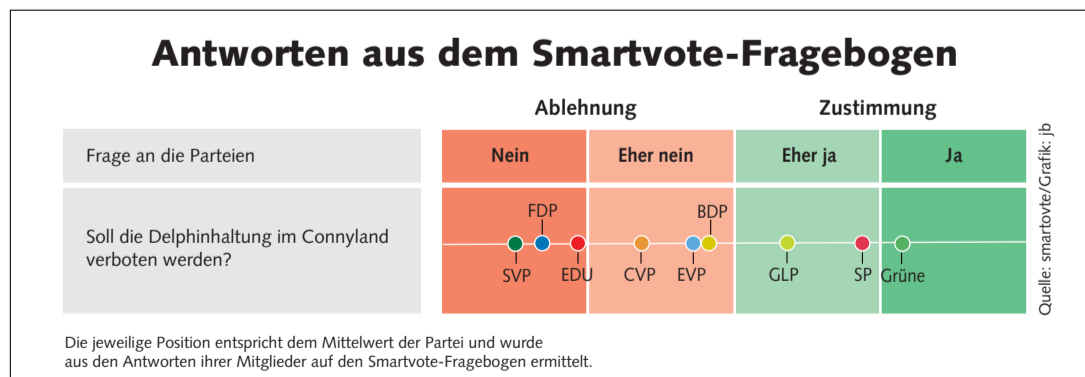
Die Finanzpolitik wird das grosse Thema sein: Ohne ausgeglichenen Kantonshaushalt werden wir wichtige Anliegen in vielen Bereichen nicht durchsetzen können. Ich bin gespannt, wie kreativ die Regierung den Sparauftrag des Grossen Rates umsetzen will. (hal)

Drei Parteien gegen Delphinhaltung

Die Grossratskandidatinnen und Grossratskandidaten der Grünen, der SP und der GLP wollen die Delphinhaltung im Connyland verbieten. Die Kandidaten der anderen Parteien halten diesen Schritt nicht für nötig.

MARTIN KNOEPFEL

FRAUENFELD. Wenn es nach den Grünen geht, werden die Delphine im Connyland bald frei durch die Ozeane streifen – auf der Jagd nach Fischen und bedroht von den Schleppnetzen der Fangflotten. Als Alternative leben sie in einer geschützten Meeresbuch. Die grünen Kandidatinnen und Kandidaten für den Grossen Rat sind am entschiedensten dafür, die Delphinhaltung im Connyland zu verbieten. Das zeigt sich



als einzige Partei im Bereich des harten «Ja». Unter den Befürwortern des Verbots finden sich auch die SP und die Grünliberalen. Beide Parteien sind im Bereich des weniger deutlichen «Eher ja», wobei der Unterschied zwischen SP und Grünen klein ist.

Ganz knapp im Lager des schwächeren «Eher nein» findet man die BDP und die EVP. Die beiden Parteien liegen in dieser Frage

nahe beieinander. Die CVP lehnt das Verbot schon deutlicher ab. Die EDU (ganz knapp), die FDP und die SVP findet man im Bereich des «Nein». Bei der SVP ist dies am ausgeprägtesten.

Der Freizeitpark liegt im Bezirk Kreuzlingen. Denken die Kreuzlinger Kandidaten in dieser Frage anders als ihre Parteifreunde in anderen Bezirken? Bei den Grünen, bei der SP und bei der EDU ist

kein grosser Unterschied festzustellen. Die GLP-Kandidaten aus dem Bezirk sind sogar deutlicher als ihre Parteifreunde in den anderen Bezirken für das Verbot.

Die Kreuzlinger Grossratskandidaten von CVP, EDU, EVP, FDP und SVP können sich mit dem Verbot der Delphinhaltung im Connyland nicht anfreunden. Bei der CVP ist das Nein im Bezirk etwas stärker als auf kantonaler

Ebene. Bei der FDP und der SVP ist das Gegenteil der Fall. Bei der EDU ist kein Unterschied feststellbar. Bei der BDP gibt es keine Auswertung nur für den Bezirk. Die Jungsozialisten, die nur im Bezirk eine eigene Liste haben, sind einhellig für das Verbot.

Sehen, was Kandidaten denken

Mit der Option Wahlempfehlung auf Smartvote kann man auch feststellen, wie die einzelnen Kandidaten zu dieser Frage stehen. Man muss einfach bei der Option Wahlempfehlung nur diese Frage beantworten. Die Frage zur Delphinhaltung findet sich in der Kategorie «Gesellschaft und Ethik». Dann lässt man sich die Wahlempfehlung vom Computer ausrechnen. Auf gleiche Weise kann man die Antworten der Kandidaten auf die anderen 62 Fragen des Fragebogens ermitteln.

www.smartvote.ch

15. April WAHLEN Grosser Rat

bei der Auswertung der Smartvote-Fragebogen.

Grüne und SVP als Pole

Auf der Skala, die von «Ja» über «Eher ja» bis zu «Eher nein» und «Nein» reicht, liegen die Grünen

Anzeige

Thurgau

Pflegen – ich kann's – auch nach Jahren noch.

Die Weiterbildung für Wiedereinsteigerinnen und alle, die eine Auffrischung suchen

Kursbeginn ab 20. August 2012. Kursdauer bis 5. März 2013, verteilt auf 14 Kurstage.

Weitere Infos und Anmeldung BfGS · Falkenstr. 2 · 8570 Weinfelden T 071 627 63 85 · www.bfgs.tg.ch